

(Präsident Berndt Röder)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? –Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist dieses ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wer schließt sich den Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2, Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D an? – Gegenstimmen? –Stimmenthaltungen? –Dieses ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Aufruf des Tagesordnungspunktes 6, das ist die Drucksache 19/2905 in der Neufassung: Große Anfrage der SPD-Fraktion: Evaluierung des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Evaluierung des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

– Drs 19/2905 (Neufassung) –]

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache in den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? –Stimmenthaltungen? – Dieses ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? Das ist der Fall. Dann wird diese für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 25 a, Drucksache 19/3223, Bericht des Schulausschusses: Entlastung der Eltern von Beiträgen und Gebühren im Jahr vor der Einschulung und Erweiterung des Kreises der beim schulischen Büchergeld entlasteten Familien.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/2993:

Entlastung der Eltern von Beiträgen und Gebühren im Jahr vor der Einschulung und Erweiterung des Kreises der beim schulischen Büchergeld entlasteten Familien (Senatsantrag)

– Drs 19/3223 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3256 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Beitragsfreie Kindertagesbetreuung im Jahr vor der Schulpflicht - auch für die Eltern sogenannter "Kann-Kinder"!

– Drs 19/3256 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion nach Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Die Abgeordnete Veit bekommt das Wort für maximal fünf Minuten.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stimmen über eine Drucksache ab, über deren Inhalt wir bereits in einer der letzten Aktuellen Stunden gesprochen haben, wobei wir zu diesem Zeitpunkt die Drucksache allerdings noch nicht kannten, sondern auf Grundlage von Pressemitteilungen und der Pressekonferenz berieten, die der Senat dazu abgehalten hatte. Es geht um die Einführung der Beitragsfreiheit für das letzte Kita- beziehungsweise Vorschuljahr. In den damaligen Pressemitteilungen der Sozial- und Schulbehörde hieß es, das letzte Kita-Jahr und die Vorschule würden ab September beitragsfrei sein und die Betreuungs- und Förderangebote in Kita und Vorschule würden ab 1. September 2009 im Jahr vor der Schulpflicht beitragsfrei sein. Daraufhin haben wir uns gemeinsam mit Ihnen darüber gefreut, dass der Einstieg in die Beitrags- und Gebührenfreiheit der vorschulischen Bildung endlich realisiert wird.

Nun hat sich in den letzten Wochen anhand der Drucksache herausgestellt, dass die Koalitionsfraktionen und der Senat sich keineswegs an ihre Ankündigungen und Versprechen gehalten haben. Ist es gut, Versprechen nicht zu halten? Meistens nicht, zumindest wer Kinder hat, kann ein Lied davon singen, dass das schlechte Gewissen relativ schnell auf dem Fuße folgt. Ist es politisch klug, Versprechen, die man Bürgerinnen und Bürgern, Wählerinnen und Wählern gegeben hat, ohne Not nicht zu halten? Nein, denn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in der Regel nach Strich und Faden veräppelt und das fördert die Politikverdrossenheit und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse* CDU: Deswegen werden Sie auch die Bundestagswahl verlieren!)

Davon haben Sie politisch nichts, davon haben auch wir letztendlich politisch nicht viel, und solche gebrochenen Versprechen sind absolut verfehlt Politik, das erleben wir bei Ihnen nicht zum ersten Mal.

Es geht also darum, dass die Koalitionsparteien in ihrem entsprechenden Vertrag vorgesehen hatten,

(Carola Veit)

das letzte Jahr vor der Schule im Kindergarten oder in der Vorschule für alle Kinder beitragsfrei zu machen. Das ist übrigens auch mit dem Haushaltsplan 2009/2010 so beschlossen worden, in dem das Geld für die Beitragsfreiheit jeweils eines kompletten Kinderjahrgangs eingestellt worden ist, und zwar anteilig für dieses Jahr und komplett für das nächste Jahr. Dann hat der Senat sich offenbar dagegen entschieden und beschlossen, jeweils 15 Prozent aller Hamburger Kinder pro Jahr von dieser Regelung auszunehmen, wie wir aus der Drucksache und im Jugendausschuss erfahren mussten. Das betrifft jährlich 2 000 Kinder, das sind 15 Prozent der sogenannten Kann-Kinder, also der Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt werden, aber trotzdem noch im August desselben Jahres eingeschult werden. Das sind die sogenannten Sommer-Kinder, die im Juli, August oder September Geburtstag haben und drei Viertel dieser 2 000 Kinder ausmachen. Uns wurde dann erzählt, diese Kinder seien ja auch ein Jahr weniger in der Kita gewesen und deswegen hätten die Eltern auch weniger Gebühren bezahlt. Ein Kind, das am 15. August Geburtstag hat, ist natürlich keineswegs kürzer in der Kita als ein Kind, das am 15. Juni Geburtstag hat, das ist Quatsch und hanebüchener Blödsinn.

(Beifall bei der SPD)

Und dann haben Sie mühsam ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, könnten Sie bitte auch zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückfinden?

Carola Veit (fortfahrend): – Ich werde mich bemühen, Herr Präsident.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): – Ich hoffe, mit Erfolg.

Carola Veit (fortfahrend): Dann wurde mühsam vorgetragen, es sei so schwierig mit den Zahlungen und Rückzahlungen an die Eltern. Offenbar haben Sie Angst vor der Bürokratie, wenn Sie etwas auszahlen oder erstatten sollen. Beim Eintreiben von Büchergeld und Studiengebühren kennen Sie diese Schwierigkeiten überhaupt nicht, das ist doch wirklich bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin haben sieben andere Bundesländer die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr eingeführt – darunter sechs Bundesländer für alle Kinder –, erstatten also den Eltern sogenannter Kann-Kinder die Gebühren im Nachhinein. Berlin hat aufgrund des anderen Einstiegs in die Schulpflicht zu einer anderen Lösung gefunden. Andere Bundesländer machen uns es vor, wie zum Beispiel Schleswig-

Holstein oder Niedersachsen, wo den Eltern die zu viel gezahlten Beiträge nachträglich erstattet werden. Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, die Beitragsfreiheit nicht allen Kindern zukommen zu lassen, zumal, wie gesagt, im Haushalt die Mittel dafür vorhanden sind. Gesetze werden nun einmal in der Bürgerschaft beschlossen und wenn eine Senatsvorlage schlecht ist oder Fehler aufweist, müssen wir sie hier gemeinsam korrigieren. Eigentlich sollten dazu auch die Regierungsfraktionen den nötigen Hintern in der Hose haben.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Drucksache so beschließen, bedeutet dies den Ausschluss der Kann-Kinder von der Beitragsfreiheit. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie unserem Zusatzantrag zu.– Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Veit, ich nehme an, dass Sie sich versprochen haben. Kann-Kinder sind nicht die Kinder, die bis zum 30.06. sechs Jahre alt werden, sondern die Kinder darüber hinaus.

(*Michael Neumann SPD:* Danke, Herr Müller!)

Das beitragsfreie Jahr vor der Schulpflicht wird heute beschlossen und das ist eine tolle Nachricht für Hamburg und entlastet rund 15 000 Kinder und ihre Eltern um 13,5 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das lassen wir uns von Ihnen auch nicht madig machen.

(*Michael Neumann SPD:* Das machen wir auch nicht!)

Was die sogenannten Kann-Kinder angeht, so konnten Sie heute der Presse entnehmen, Frau Veit, das haben Sie schön verschwiegen, dass wir als Koalition diese Thematik noch einmal aufgreifen und im Zuge der Schulgesetz-Novelle eine Berücksichtigung der Kann-Kinder herbeiführen wollen. Wir als CDU diskutieren dabei intensiv über die Verschiebung des Stichtages zur Erlangung der Schulpflicht und somit quasi über die Abschaffung der Kann-Kinder.

(*Michael Neumann SPD:* Also auf die lange Bank schieben!)

Aber auch das birgt Risiken und sollte deswegen vernünftig diskutiert werden. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die Kinder dann bereits die nötige Schulreife erlangt haben, und in diesem Zusam-

(Stephan Müller)

menhang sollte eine Diskussion über die Qualität der Schuleingangsuntersuchung geführt werden. Darüber hinaus gibt es noch weitere Vorschläge, die die Problematik der Kann-Kinder betreffen und in aller Sorgfalt mit Betroffenen und Experten zum Jahresende diskutiert werden sollten. Wir werden diese Drucksache heute beschließen, damit die zum Teil offene Frage der Kann-Kinder eben nicht die Beitragsfreiheit aller anderen blockiert, zumal Kann-Kinder bei uns im Unterschied zu den von Ihnen, Frau Veit, angeführten Bundesländern ohne Vorschule, eine Vorschule besuchen können. Ihr Zusatzantrag, der eine Rückerstattung der Gebühren bei vorzeitiger Einschulung vorsieht, wird von uns abgelehnt, weil er zu viele Risiken birgt.

(Michael Neumann SPD: Aha, welche denn!)

– Das werde ich Ihnen gerne sagen. Erst einmal würde man vielleicht ein Anreizsystem für frühzeitige Einschulung schaffen, obwohl diese Kinder möglicherweise noch nicht über die notwendige Reife verfügen. Aktueller Stand der Dinge ist übrigens, dass rund die Hälfte ...

(Michael Neumann SPD: Wann sind Sie eigentlich eingeschult worden!)

– Herr Neumann, hören Sie doch einfach zu, anstatt ständig dazwischenzureden, dann könnten Sie auch ein ganz klein wenig dazulernen.

Heutiger Stand der Dinge ist, dass rund die Hälfte aller vorzeitig eingeschulten Kann-Kinder letztendlich in der Schule ein Jahr länger verbringt oder nicht die notwendige Reife hat. Das können wir doch nicht wollen. Auch hier ist die Frage der Eingangsuntersuchung sicherlich ein wichtiger Indikator.

(Beifall bei der GAL)

Überdies ist ein Rückerstattungssystem nicht ganz ohne Aufwand zu haben, auch wenn Sie das damit abgetan haben, dass wir beim Eintreiben von Geldern keine Schwierigkeiten hätten. Unsere Alternativen, die wir bereits öffentlich vorgeschlagen haben und die letztendlich dazu führen, dass die jetzigen Kann-Kinder ebenfalls ein gebührenfreies Jahr bekommen, sind schlicht und einfach die besseren.

(Carola Veit SPD: Legen Sie mal alles auf den Tisch, Herr Müller! – Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Veit, Sie versuchen wieder einmal, das Thema hochzuhängen, und neidvoll muss man anerkennen, dass Ihnen dies ziemlich gut gelungen ist. Fakt ist aber, dass Sie hier ein Thema instrumentalisieren und es sich in

dieser Frage viel zu einfach machen; deshalb möchte ich Ihnen dies auch hier noch einmal erläutern, obwohl ich es bereits im Ausschuss versucht habe, aber dort haben Sie das Problem offensichtlich nicht verstanden.

(Michael Neumann SPD: Jetzt macht er wieder den Oberlehrer!)

Zunächst möchte ich Ihnen eines zum Thema Beitragsfreiheit vor Beginn der Schulpflicht sagen. Laut Paragraph 38.1 des Schulgesetzes beginnt die Schulpflicht für Kinder, die vor dem 30. Juni geboren sind, am 1. August.

(Carola Veit SPD: Das steht da nicht, da steht kein Datum!)

– Das steht im Paragraph 38.1. Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die vor dem 30. Juni geboren sind, zum 1. August. Mit der Beitragsfreiheit, also dem letzten beitragsfreien Jahr vor Beginn der Schulpflicht, stehen mir drei Möglichkeiten zur Auswahl. Ich kann das Kind beitragsfrei ein Jahr in der Kita lassen, ich kann das Kind beitragsfrei ein Jahr lang in der Vorschule lassen oder ich kann das Kind ein Jahr vorzeitig einschulen und habe es beitragsfrei in der Schule.

(Michael Neumann SPD: Beitragsfrei in der Schule?)

Richtig, beitragsfrei, auch wenn Sie diese Logik jetzt vielleicht noch für absurd halten.

(Carola Veit SPD: Für gar keine Logik!)

Sie sagen, durch den Stichtag 30. Juni sei ein Gerechtigkeitsproblem entstanden, und in gewisser Weise haben Sie auch recht, das kann man so sehen. Natürlich ist ein Kind, das vor dem Juni geboren ist, ebenso lange in die Kita gegangen wie ein Kind, das im Juni desselben Jahres geboren ist. Doch wenn wir Ihren Antrag heute annehmen, stellt sich uns eine andere Gerechtigkeitsfrage. Sie müssen nämlich berücksichtigen, dass die Kinder, die im Juli, August und später geboren sind, potenzielle Kann-Kinder sind. Ich möchte Ihnen dies gerne an einem einfachen Beispiel verdeutlichen. Angenommen, wir haben ein Kind, das am 10. Juli 2004 geboren ist und vielleicht Cordula heißt ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie heißt das, Cordula?)

..., und ein anderes Kind, das am 10. Juli 2004 geboren ist und vielleicht Michael heißt ...

(Heiterkeit)

..., und wir sehen uns die Eltern dieser beiden Kinder an und betrachten dann die Situation. Nun haben diese Eltern die Möglichkeit, die Kinder zum 1. August 2010 einzuschulen.

(Michael Neumann SPD: Die von Cordula oder Michael?)

(Michael Gwosdz)

Entschuldigung, Carola.

(Zuruf aus dem Plenum: Cordula heißt es!)

Cordula ist ein bisschen plietscher und wird frühzeitig als Kann-Kind eingeschult.

(*Michael Neumann SPD*: Michael nicht!)

Genau, und Michael bleibt noch ein Jahr in der Kita.

((*Wolfgang Beuß CDU*: Michael kommt ins Internat! – Heiterkeit)

Und jetzt gucken wir uns an, was es für die Eltern dieser beiden Kinder unter dem Aspekt der Gerechtigkeit bedeutet, wenn wir Ihren Antrag annehmen. Darüber sollten Sie einfach einmal nachdenken. Für die Eltern, die sich dafür entscheiden, ihr Kind nicht vorzeitig als Kann-Kind einzuschulen, beginnt in diesem Jahr die Kostenfreiheit. Die Eltern des Kindes ... Sie sollten einfach einmal zuhören und wenn Sie das nicht wollen, setzen Sie sich nicht mit der Gerechtigkeitsfrage auseinander und begreifen es nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie werden nämlich erkennen, dass diese beiden Kinder, die am selben Tag geboren und vielleicht gleich lange in die Kita gegangen sind, auch ebenso lange Gebühren bezahlt haben. Und die Eltern des Kindes Michael, für das die Gebührenfreiheit gelten soll, haben bis zu diesem Tag ebenso viele Gebühren bezahlt wie die Eltern des Kindes Cordula.

(*Harald Krüger CDU*: Was ist denn mit der kleinen Cordula?!)

Und wenn Sie jetzt sagen, für die Eltern des Kindes Cordula, das vorzeitig als Kann-Kind eingeschult wird, müssten wir für ein Jahr die Gebühren rückwirkend erstatten ...

(*Michael Neumann SPD*: Was ist denn mit dem Zwillingbruder von Michael?)

..., dann haben Sie die Situation, dass die Eltern von Michael insgesamt ein Jahr länger Gebühren bezahlt haben als die Eltern von Cordula. Somit stehen wir vor einer ganz neuen Gerechtigkeitsfrage, nämlich der, dass wir die Eltern, die ihr Kind als Kann-Kind vorzeitig einschulen, belohnen, indem wir ihnen die Gebühren für ein Jahr zurückerstatten, während die Eltern des anderen Kindes ein Jahr länger Gebühren gezahlt haben.

(*Michael Neumann SPD*: Jetzt stimmen wir zu, Herr Gwosdz!)

Sehen Sie, vielleicht fällt der Groschen ja doch irgendwann.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Frank? Dann ist allerdings Ihre Redezeit vorbei.

Michael Gwosdz (fortfahrend): Nein, dann gestatte ich sie nicht. Herr Frank, ich diskutiere gerne nachher mit Ihnen. Einen letzten Satz möchte ich noch sagen. Aus genannten Gründen sollten wir über die Stichtag-Problematik, dass nämlich nur einmal im Jahr die Möglichkeit zur Einschulung besteht, diskutieren und dies ändern. Das muss in der Schulgesetz-Novelle ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei, sie ist bereits überschritten.

Michael Gwosdz (fortfahrend): Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU und bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Gwosdz, ich habe Ihnen wirklich zugehört, aber ich muss gestehen, dass ich trotz Abitur nichts verstanden habe.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir sehen die Sache eigentlich ganz unleidenschaftlich und unkompliziert. Wir haben im Schulausschuss über diese Problematik diskutiert und die Senatsvertreter wussten nicht, ob es in anderen Bundesländern diese Beitragsfreiheit ein Jahr vor der Einschulung gibt. Sie wussten nur, dass es sie in Berlin ohne Rückerstattung für vorzeitig eingeschulte Kinder gibt, und somit war der Eindruck erweckt, es sei wohl auch in den anderen Bundesländern so geregelt. Dann gab es aber zum Glück eine Protokollerklärung, die bestätigte, dass es zwar in Berlin die Beitragsfreiheit ein Jahr vor der Einschulung ohne Rückerstattung für ein vorzeitig eingeschultes Kind gibt, aber in sechs anderen Bundesländern die Rückerstattung gewährt wird; deshalb wird der Senat umdenken müssen und deshalb sind wir für den Antrag der SPD.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin durchaus ein humorvoller Mensch ...

(*Harald Krüger CDU*: Seit wann denn das?!)

(Dirk Kienscherf)

..., aber ich finde, Herr Gwosdz, dass Sie sich bei diesem für viele Eltern sehr wichtigen und ernsten Thema im Ton vergriffen haben. Dieses Thema, über das viele Eltern in Hamburg besorgt sind, darf man nicht der Lächerlichkeit preisgeben.

(Beifall bei der SPD)

Es war doch ein katastrophaler Auftritt der Senatsvertreter im Ausschuss, als sie danach gefragt wurden, ob es stimme, dass die Beitragsfreiheit nicht für Kann-Kinder gilt. Einer der Senatsvertreter sagte damals im Ausschuss, er verstehe das Problem, ob nun jemand im Juli oder im Juni geboren ist, nicht und auch Frau Blömeke war der Auffassung, dass der im Juli Geborene sowieso ein Jahr weniger lange in den Kindergarten gehen würde. Wir als SPD-Fraktion haben die ganze Zeit versucht, Sie davon zu überzeugen, dass das nicht stimmt. Das belegen erstens die aktuellen Diskussionen in den Stadtteilen, bei denen es hauptsächlich um die Höhe der Beiträge geht, die die einen für niedrig und die anderen für hoch halten. Das belegt zweitens die Tatsache, dass den Eltern von im Juli, August oder September geborenen Kindern von Kita-Mitarbeitern empfohlen wird, sie möglichst vorzeitig einzuschulen. Und das belegt drittens die Tatsache, dass in anderen Bundesländern erkannt worden ist, dass man schon im Januar des möglichen Einschulungsjahres oder vorher sagen kann, ob diese im Juli oder August geborenen Kinder die nötige Reife haben, ein Jahr früher in die Schule zu gehen.

Wir wollen den Familien helfen, Sie aber ziehen sich auf die bürokratische Ebene zurück und fordern, dass erst einmal ein Gesetz, das Sie selbst vermurkst haben, beschlossen werden soll. Ob es dann zu Änderungen kommt, dazu sagen Sie nichts Konkretes. Ich finde, das ist einfach zu wenig. Sie nehmen die Eltern in dieser Stadt nicht ernst und das ist bei diesem Gesetz eigentlich schade. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Hier und auch in den Medien wird von Beitragsfreiheit für das letzte Kita- oder Vorschuljahr gesprochen, wobei so getan wird, als müssten die betreffenden Eltern dann gar nichts mehr für ihre Kinder bezahlen. Genaugenommen geht es aber um den Rechtsanspruch auf Beitragsfreiheit für nur vier bis fünf Stunden Betreuung pro Tag im letzten Kita- oder Vorschuljahr. Auch das Mittagessen in den Kitas ist von dieser Beitragsfreiheit ausgenommen. Wissen Sie, wie schwer es für Arbeit suchende Eltern ist, das Mittagessen für die Familie zu finanzieren?

Zu den Kann-Kindern wurde schon viel gesagt, so dass ich darüber nicht mehr debattieren möchte. In dem Antrag fehlen ganz grundsätzliche Dinge, die für unsere Kinder und deren Zukunft sehr wichtig sind. Nicht nur für Kann-Kinder, sondern auch für die Kinder von Arbeit suchenden und Immigrantenfamilien müssen wir dafür sorgen, dass kostenfreie Ganztagsplätze inklusive Mittagessen in den Kitas zur Verfügung gestellt werden.

Bei dem vorliegenden Antrag habe ich das Gefühl, dass von ihm in erster Linie wieder einmal Menschen profitieren, die Arbeit haben. Menschen, die keine Arbeit haben, profitieren davon wenig, das ist schade, denn Bildung sollte nichts kosten und die Kita ist einer der wichtigsten Bildungsorte in diesem Staat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Zunächst einmal möchte ich klarstellen, dass die vorgelegte Regelung gerecht ist, weil alle Eltern, die ihre Kinder zum Beginn der allgemeinen Schulpflicht einschulen, in den Genuss der Beitragsfreiheit für das Jahr zuvor kommen; das heißt, alle Eltern, deren Kinder zwischen dem 30.06. eines Jahres und dem 30.06. eines nächsten Jahres geboren sind ...

(*Carola Veit SPD:* Das wären dann alle!)

... und regulär eingeschult werden, bekommen dieses Jahr Beitragsfreiheit. Zweitens stelle ich fest, dass wir über die Kann-Kinder danach reden. Eine Minderheit der Eltern, deren Kinder nach dem 30.06. geboren sind, macht von dem Recht Gebrauch, ihre Kinder vorzeitig einzuschulen. Wenn wir diese Kinder mit den anderen vergleichen, dann bedeutet die jetzige Regelung eine Gleichbehandlung für die Eltern, vorausgesetzt, wir gewähren entsprechend der Vorstellungen der SPD eine nachträgliche Erstattung; das heißt, dass die Mehrheit der Eltern, die ihre Kinder nicht vorzeitig einschult, ein Jahr länger Gebühren bezahlt und dass die vorzeitig Eingeschulten belohnt werden.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das stimmt doch gar nicht!)

– Herr Kienscherf, die Mehrheit der Eltern, deren Kinder ...

(Zuruf *Dirk Kienscherf SPD*)

– Herr Kienscherf, hören Sie doch wenigstens zu.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Kienscherf, Ihre Beitragszeit nach Paragraph 26 Absatz 6 ist aufgebraucht.

(Präsident Berndt Röder)

(Heiterkeit – *Harald Krüger CDU*: Und das ist auch gut so! – Beifall bei der CDU und der GAL)

Senator Dietrich Wersich (fortfahrend): Herr Kienscherf und Kollegen, es geht darum, dass die Mehrheit der Eltern von der Kann-Kind-Regelung nicht Gebrauch macht. Man kann ja darüber diskutieren, den Eltern, die von der Kann-Kind-Regelung Gebrauch machen, eine Rückerstattung in Höhe von 700, 800 Euro zu gewähren, aber damit würden wir einen ökonomischen Anreiz für die vorzeitige Einschulung der Kinder schaffen. Und hier gilt das, was Herr Gwosdz gesagt hat.

Wir haben die Situation, dass ein Großteil dieser Kinder drei Jahre in den ersten zwei Grundschuljahren bleibt und sich das Jahr hinterher holt. Wir müssen uns sehr genau überlegen, ob wir diesen ökonomischen Anreiz setzen wollen, dass es sich lohnt, sein Kind vorzeitig einzuschulen. Das ist eine ernsthafte Frage und man sollte sie ernsthaft diskutieren, bevor man eine Regelung trifft, über die man sich hinterher wundert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die Koalition sich darauf verständigt hat, die Frage, welches der richtige Pflichttermin für die Einschulung ist, im Rahmen der Novelle des Schulgesetzes zu beraten und zu schauen, ob man die im Juli und August geborenen Kinder bereits in die Schulpflicht einbinden sollte, mit der Folge, dass auch diese Kinder dann das kostenfreie Schuljahr haben und wir zu einer gerechten Lösung finden, die konkret bedeutet, dass alle Kinder, die zur regulären Schulpflicht eingeschult werden, ein kostenloses Jahr erhalten. Das begrüße ich sehr und würde mir wünschen, dass wir auch solche Fragen auf sachliche Art und Weise fachlich diskutieren, denn wir können kein Interesse daran haben, ...

(Zuruf *Carola Veit SPD* – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Veit, ich rufe Sie jetzt zur Ordnung!

Senator Dietrich Wersich (fortfahrend): ... dass Kinder so früh eingeschult werden, dass Schulversagen die Folge ist. Wir machen etwas Schlechtes, wenn wir dafür einen finanziellen Anreiz schaffen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Böwer.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Aber jetzt nicht zu den Masern!)

Thomas Böwer SPD: Nein, Herr Hesse, es geht nicht um die Masern, es geht genau um das The-

ma hier. Herr Senator, wir haben im Familien- und Jugendausschuss genau auf diese Gerechtigkeitslücke hingewiesen und die Staatsrätin war nicht in der Lage, überhaupt zu begreifen, was gesagt wurde.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sagen Sie mal, was ist das denn hier?)

Das war einer der Punkte, das muss man an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Ausschuss für die Vorlage gestimmt, weil wir es richtig finden, dass es eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr gibt. Wir haben im Ausschuss, weil wir nur mitberatend waren, gefordert, bis zum Schulausschuss die Frage der Gerechtigkeitslücke, die 2000 Kinder betrifft, zu klären. Es geht bei den Eltern dieser 2000 Kinder nicht um eine neue Form der pädagogischen Abwrackprämie, dass man Kinder vorzeitig in die Schule bringt, sondern Sie schaffen ein Gesetz und eine Vorlage, die eine Gerechtigkeitslücke hat, wie Sie selbst sogar zugeben. Kommen Sie deshalb an dieser Stelle nicht mit dem pädagogischen Aspekt, 800 Euro wären ein Anreiz, sein Kind eher einzuschulen und etwa die Sprachentwicklung zu ignorieren und so weiter. Never mind. Darum geht es nicht, sondern alle Parteien in dieser Bürgerschaft sind angetreten und haben erklärt, dass mindestens das letzte Jahr vor der Schule beitragsfrei sein soll, und zwar für alle Kinder und nicht nur für die Kann- und die Musskinder, wie immer Sie es definieren wollen. Sie sollten darüber Auskunft geben, wann Sie diesen Eltern eine Vorlage bieten, die genau diese Gerechtigkeitslücke schließt. Lassen Sie die Diskussion an dieser Stelle, da hätte es auch noch einen pädagogischen Impetus gegeben. Im Fachausschuss wäre Zeit gewesen, darüber zu reden, dazu war die Staatsrätin nicht in der Lage. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Nun die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Ich finde es unglaublich, was hier gerade passiert. Herr Böwer, Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie hätten im Ausschuss auf diese Gerechtigkeitslücke hingewiesen. Das kann ich bestätigen, darauf haben Sie hingewiesen und ich habe Ihnen dann erklärt, welche andere Gerechtigkeitslücke es gäbe,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das hat er nicht verstanden!)

wenn wir Ihr Modell umsetzen würden. Genau das haben Herr Gwosdz und Herr Wersich auch noch einmal erläutert. Wenn Sie immer nur sagen, dass das nicht stimmt, dann macht es die Sache auch

(Linda Heitmann)

nicht besser, sondern zeigt einfach nur, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist hier wirklich eine Abwägungssache. Wollen wir die eine Gerechtigkeitslücke

(*Jan Quast SPD: Also doch!*)

oder wollen wir die andere Gerechtigkeitslücke oder steuern wir möglicherweise im Rahmen der Schulgesetznovelle so nach, dass diese Gerechtigkeitslücke überhaupt nicht mehr besteht. Zu sagen, die eine Gerechtigkeitslücke bestehe in Schleswig-Holstein und in fünf anderen Bundesländern

(*Carola Veit SPD: Nein, da gibt es keine Lücke. Die machen es gut!*)

und deshalb sei sie besser als die in Berlin, finde ich auch eine sehr krude Argumentation an dieser Stelle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

(Zurufe von der CDU)

Ties Rabe SPD:* – Ich brauche die fünf Minuten auch nicht. Sehr geehrte Damen und Herren! Im Ausschuss haben wir erstens erfahren, dass Sie den ganzen Jahrgang eingerechnet und für den ganzen Jahrgang Geld bereitgestellt haben, aber aufgrund Ihrer eigenen Regelung praktisch 2000 Kinder ausgeklammert haben, was gar nicht nötig wäre. Das Geld ist da, die Rahmenbedingungen waren auch darauf eingestellt, so wurde es uns im Schulausschuss berichtet. Zweitens wissen wir von sieben Bundesländern beziehungsweise machen es sechs in der Praxis so, wie es die SPD fordert. Drittens argumentieren Sie zwar mit Cordula und allen möglichen Punkten, aber eins müssen Sie uns dann erklären: Warum wollen Sie überhaupt nachsteuern, wenn alles so toll ist, was Sie gerade erfunden haben? Ihr Nachsteuerungsmechanismus ist wirklich lustig. Sie versuchen das im Schulgesetz mit dem Einschulungsdatum zu verändern. Komplizierter geht's kaum noch, höchstens dass Sie die Geburtsurkunden vordatieren würden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es am Ende doch wieder hinrenken wollen und die Ungerechtigkeit, wie Frau Heitmann dargestellt hat, an anderer Stelle entstehen lassen, dann kann man es eigentlich gleich so machen, wie es am einfachsten ist und wie es in den anderen Bundesländern prima funktioniert. Nichts anderes fordern wir. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3256. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Bericht des Schulausschusses aus der Drucksache 19/3223. Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Einführung des beitragsfreien Vorschuljahres aus der Drucksache 19/2993 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/3057, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2856: Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010 (Senatsantrag) – Drs 19/3057 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3260 ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2856: Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010 (Senatsantrag) – Drs 19/3260 –]

Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen. Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Er wurde einstimmig so beschlossen.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses 19/3057. Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen an und möchte das Hamburgische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 aus der Drucksache 19/2856 mit den